Burgdorf, 09.09.2025

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr** der Stadt Burgdorf am **14.08.2025** im Ratssaal des Schlosses, Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

19.WP/A-WALV/039

Beginn öffentlicher Teil:	17:01 Uhr	Ende öffentlicher Teil:	19:08 Uhr
Beginn vertraulicher Teil:	19:11 Uhr	Ende vertraulicher Teil:	19:29 Uhr

---

A N W E S E N H E I T :

Bürgermeister		
	Pollehn, Armin	bis TOP 4.1
Vorsitzender		
	Braun, Hartmut	
stellv. Vorsitzender		
	Apel, Robert	ab TOP 2
Mitglied/Mitglieder		
	Gawlik, Mario	
	Müller, Malte	ab TOP 4.1 bis zur Einwohnerfrage-stunde
	Paul, Susanne	ab TOP 4.1 (nach der Präsentation)
	Schweer, Cord-Heinrich	
	Thieleking, Ariane	bis zur Einwohnerfragestunde
Grundmandat		
	Bierkamp, Dirk	bis TOP 5
Beratende/s Mitglied/er		
	Auerbach, Stefan	bis TOP N3
	Wackermann, Lutz	
stellv. Mitglied/Mitglieder		
	Hinz, Gerald	Vertretung für Herrn Björn Sund; bis zum Ende öffentlicher Teil
Verwaltung		
	Elias, George	bis zum Ende öffentlicher Teil
	Enderle, Christian	zu TOP 5 und 6
	Fritz, Petra	
	Frommelt, Danielle	
	Graver, Dirk	zu TOP 5 und 6
	Krause, Julia	

Gäste:

zu TOP 4.1	
Herr Mazur	PGT Umwelt u. Verkehr GmbH
Herr Heise	Ing.Büro Hornig

T A G E S O R D N U N G

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 27.05.2025

3. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 12.06.2025

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

4.1. Maßnahmen für die Verbesserung der Verkehrssicherheit und Aufwertung der Bahnunterführung am Finanzamt
Vorlage: M 2023 0410/6

4.2. Sachstandsbericht: "Vermarktung Baugebiet Ehlershäuser Weg"
Vorlage: M 2024 0761/10

4.3. Projektmanagement: Projektberichte per 2. Quartal 2025
Vorlage: M 2025 1057

4.4. Maßnahmen zur Anpassung des verkehrsberuhigten Bereichs Brüder-Grimm-Weg
Vorlage: M 2025 1059

5. Änderung der Parkgebührenordnung
Vorlage: BV 2025 1050

6. Änderung der Straßenreinigungssatzung und -verordnung
Vorlage: BV 2025 1048

7. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

8. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Braun**, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Die Mitteilungsvorlage M 2025 1065 (TOP 4.5) zum Thema „Sachstandbericht Radweg K112/Magdalenentunnel" wurde von der Verwaltung zurückgezogen und ist daher von der Tagesordnung abzusetzen.

Der TOP Anfrage „Anmerkungen und Anregungen zu Grünflächen und Straßenunterhaltung" soll auf Wunsch von Herrn Nijenhof abgesetzt werden, da es sich eher um eine private Anfrage gehandelt hat. Diesem Wunsch stimmen die Ausschussmitglieder einstimmig zu.

Von der Fraktion WGS Freie Burgdorfer wurde ein Dringlichkeitsantrag zum Thema „Erstellung Schulwegeplan für Radfahrende zur RBG" (Vorlage A 2025 1087) gestellt. **Herr Bierkamp** erläutert den Antrag und seine Dringlichkeit. Bislang wurden keine Perspektiven aufgezeigt, die verbindlich umgesetzt werden können. Die Ausschussmitglieder sind der Meinung, dass es sich um ein Thema handelt, was weiter diskutiert werden muss. Die Dringlichkeit sehen allerdings nicht alle Mitglieder.

Über die Dringlichkeit, ob der Antrag auf die Tagesordnung gesetzt wird, wird wie folgt abgestimmt:

Beschluss:
Für die Dringlichkeit wird mit 3 Jastimmen und 2 Neinstimmen abgestimmt. Die erforderliche 2/3 Mehrheit wird damit nicht erreicht. Der Antrag kommt somit nicht auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird in der diesem Protokoll vorangestellten Form genehmigt.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 27.05.2025

Frau Paul und Herr Müller sind noch nicht anwesend.

Einstimmig (4 Jastimmen und 2 Enthaltungen) fassen die Ausschussmitglieder folgenden

Beschluss:

Das Protokoll vom 27.05.2025 wird genehmigt.

3. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 12.06.2025

Frau Paul und Herr Müller sind noch nicht anwesend.

Einstimmig (4 Jastimmen und 2 Enthaltungen) fassen die Ausschussmitglieder folgenden

Beschluss:

Das Protokoll vom 12.06.2025 wird genehmigt.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Mündliche Mitteilungen werden nicht vorgetragen.

4.1. Maßnahmen für die Verbesserung der Verkehrssicherheit und Aufwertung der Bahnunterführung am Finanzamt
Vorlage: M 2023 0410/6

Herr Mazur (PGT) stellt die Ausbauplanung für den Finanzamttunnel vor. Die Präsentation ist der Vorlage M 2023 0410/6 als Anlage beigefügt. Die Region hat bereits eine Planung für den Geh-/Radweg in Richtung Heeßel vorgelegt. Seine Ausbauplanung bezieht sich auf den Anschluss im Westen sowie durch den Tunnel hindurch. Ziel dabei ist es, den Tunnel für den Rad- und Fußverkehr zu optimieren. Neben dem Tunnel am Bahnhof handelt es sich um eine wichtige Querungsmöglichkeit, die eine Hohe Anzahl an Nutzenden hat. Die Tunneloptimierung wurde schon mehrfach diskutiert. Nach der Ortsbesichtigung im August 2023 wurde beschlossen, dass der Rampenverlauf nicht verändert, sondern nur optimiert werden soll. Vorgesehen ist ein Tausch der Radspuren nach außen, so dass die zu Fuß gehenden in der Innenseite geführt werden. Es soll eine deutliche Trennung zwischen Rad- und Fußverkehr geben, z. B. durch Noppenplatten und Richtungspfeile für den Radverkehr.

Herr Heise (Ing. Büro Hornig) berichtet, welche Möglichkeiten es für die Verbesserung der Beleuchtungssituation gibt. Derzeit sind die Leuchten mittig platziert und mit einem Gitter vor Vandalismus geschützt. Dadurch geht allerdings Leuchtkraft verloren. Mit dem Vorschlag eckplatzierte Leuchten zu installieren, deren Anzahl im Ein- und Ausfahrtsbereich erhöht werden, soll eine gleichmäßige Ausleuchtung erzielt werden.

Die Ausschussmitglieder finden die vorgestellten Maßnahmen grundsätzlich gut. Allerdings bestehen Bedenken wegen der vorgesehenen Noppenplatten und einem Gitter zur Trennung der Fahrspuren. Weiterhin wird bemängelt, dass eine Barrierefreiheit nicht gänzlich erreicht wird. **Herr Mazur** erläutert, dass „taktile Elemente" eingebaut werden, wie sie schon an Querungen eingebaut werden. Auf ein Gitter kann verzichtet werden. Ein solches würde allerdings nicht auf ganzer Länge eingebaut werden. Barrierefreiheit kann nur erreicht werden, wenn in das Tunnelbauwerk stark eingegriffen wird. Das wäre mit hohen Kosten verbunden, was aber letztendlich für die Mehrheit nicht zu einem Mehrwert führen würde. Daher wurde auch in den vorherigen Diskussionen immer wieder darauf hingewiesen, dass nur eine Verbesserung möglich ist.

Seitens der Ausschussmitglieder wird befürwortet, dass sich die anwesenden Einwohner direkt zu dem TOP äußern dürfen.

Ein **Mitglied des ADFC** begrüßt die vorgestellte Planung. Zwar ist es nur eine Kompromisslösung, trotzdem sollte die Umsetzung schnellstmöglich erfolgen. Ein weiterer **Einwohner** bemängelt, dass durch Efeu, welches durch die Gitter wächst, die Sicht bzw. die Durchfahrt behindert wird. Radfahrende müssen dadurch ausweichen. Er hat schon oft eine Mängelmeldung bei der Stadt gemacht, sinnvoll wäre aber, wenn der Tunnel regelmäßig in Bezug auf den Bewuchs kontrolliert wird. **Frau Frommelt** nimmt die Anregung auf und gibt diese an die zuständige Abteilung weiter.

Zur Zeitplanung teilt **Frau Frommelt** mit, dass eine Beschlussvorlage für den nächsten Ausschuss erstellt wird.

Die Mitteilungsvorlage M 2023 0410/6 wird zur Kenntnis genommen. Seitens der Verwaltung soll eine entsprechende Beschlussvorlage vorgelegt werden. Dabei soll von einem Gitter zur Trennung der Fahrspuren abgesehen werden.

4.2. Sachstandsbericht: "Vermarktung Baugebiet Ehlershäuser Weg" Vorlage: M 2024 0761/10

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

4.3. Projektmanagement: Projektberichte per 2. Quartal 2025 Vorlage: M 2025 1057

1. Herr Auerbach verweist auf die Nachnutzung von öffentlichen Gebäuden. Hier vermisst er den alten Bauhof in der Friederikenstraße; dieser ist nicht enthalten. Die Fläche wurde bereits im Rahmen ISEK angesprochen. Er erinnert daran, dass „bezahlbarer, barrierefreier Wohnraum" in Burgdorf fehlt. Die Fläche würde sich wegen der Nähe zur Innenstadt seiner Meinung nach dafür eignen.

Frau Fritz informiert, dass aktuell ein Verkehrswertgutachten für das Grundstück Friederikenstraße erstellt wird. Wenn dies vorliegt, geht es an die nächsten Schritte.

2. Herr Apel erkundigt sich nach dem Ersatzneubau Kita Ramlingen-Ehlershausen. Nach Auskunft von Herrn Nolte (Ortsbürgermeister) hat bereits ein Projektgruppentreffen stattgefunden. **Frau Frommelt** bestätigt dies. Zu jedem neuen Projekt gibt es einen „Start-Workshop", welcher jedoch zunächst nur mit internen Mitarbeitenden besetzt ist. Es liegt noch keine konkrete Planung vor. Erst beim nächsten Schritt werden auch weitere Akteure, wie z. B. der Ortsbürgermeister, zu der Projektgruppe hinzugezogen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

4.4. Maßnahmen zur Anpassung des verkehrsberuhigten Bereichs Brüder-Grimm-Weg Vorlage: M 2025 1059

Frau Frommelt informiert, dass die Änderung aus verkehrsrechtlichen Gründen erfolgen muss. Zu der damaligen Zeit wurden verkehrsberuhigte Bereiche oft ausgewiesen, um Parkplätze zu schaffen. Baulich ist dies im Brüder-Grimm-Weg aber nicht gegeben, so dass die Verkehrsbehörde die Anordnung aufheben wird.

Herr Gawlik erkundigt sich, ob die Anwohnenden bereits informiert wurden. **Frau Frommelt** antwortet, dass dies noch nicht erfolgt ist, aber eine Information kurzfristig erfolgen wird. Erst danach wird die Änderung umgesetzt.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

5. Änderung der Parkgebührenordnung
Vorlage: BV 2025 1050

Herr Müller erinnert daran, dass die Einrichtung von zwei Parkzonen mit unterschiedlichen Gebühren bereits thematisiert wurden. Im Zuge der jetzigen Änderung möchte er diese Anregung erneut vorschlagen.

Herr Enderle teilt mit, dass die Einrichtung von Parkzonen im Zuge der Mehrwertsteueranpassung bereits diskutiert wurde. Das Thema Parkzonen ist in der jetzigen Änderung allerdings nicht weiterverfolgt worden. Die Stadt erhält Bedarfszuweisungen. Hierfür musste die Stadt Burgdorf jedoch im Rahmen einer Zielvereinbarung Konsolidierungsmaßnahmen vornehmen, wozu u.a. die Erzielung von Mehreinnahmen gehören. Um diese Zielvereinbarung umzusetzen, sollen die Parkgebühren angehoben werden. In dem Zuge wird vorgeschlagen, die Privilegierung von E-Autos aufzugeben. Somit liegt beim jetzigen Änderungsvorschlage zunächst die Zielvereinbarung im Fokus. Bei einer weiteren Änderung können die Parkzonen diskutiert werden.

Herr Schweer finden den Vorschlag angemessen. Von der Einrichtung von Parkzonen würde er absehen.

Auch **Herr Hinz** befürwortet die Anhebung der Parkgebühren, zumal diese noch unter dem Wert anderer Kommunen liegen. Parkzonen findet er auf den kleinen Flächen, die in Burgdorf zur Verfügung stehen, nicht zielführend.

Herr Braun kann dem jetzigen Vorschlag zustimmen, weist aber darauf hin, dass das Thema Parkzonen für seine Fraktion noch nicht abgeschlossen ist.

Die Ausschussmitglieder fassen **mehrheitlich (7 Ja- und 1 Neinstimme)** folgenden empfehlenden

Beschluss:

Die 3. Verordnung zur Änderung der Gebührenordnung für das Parken an Parkscheinautomaten in der Stadt Burgdorf (ParkGO) wird in der sich aus der Anlage 1 der Vorlage Nr. BV 2025 1050 ergebenden (und dem Originalprotokoll als Anlage beigefügten) Fassung erlassen.

6. Änderung der Straßenreinigungssatzung und -verordnung
Vorlage: BV 2025 1048

Die Ausschussmitglieder begrüßen zwar grundsätzlich die gendergerechte Überarbeitung der Satzung bzw. Verordnung. Allerdings sind manche Begrifflichkeiten nicht so einfach zu lesen. Weiterhin wird in Frage gestellt, ob die Formulierungen auch juristisch korrekt sind.

Herr Enderle erläutert, dass er versucht hat „neutrale" Personen zu benennen, was nicht immer leicht war. Letztendlich wendet sich das Ordnungsamt an den/die Eigentümer, sprich die grundstücksinhabende Person.

Die Ausschussmitglieder sind sich darüber einig, dass dem Beschlussvorschlag

an sich gefolgt werden kann. Allerdings unter dem Vorbehalt, dass die gewählte gendergerechte Bezeichnung / Formulierung seitens der Verwaltung nochmal überprüft werden soll.

Einstimmig fassen, unter Vorbehalt der Prüfung der gendergerechten Bezeichnungen, die Ausschussmitglieder folgenden empfehlenden

Beschluss:

Die

7. Änderungssatzung zur Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in der Stadt Burgdorf (Straßenreinigungssatzung) wird in der sich aus der Anlage 1 der Vorlage Nr. BV 2025 1048 ergebenden (und dem Originalprotokoll als Anlage beigefügten) Fassung

und die

7. Änderungsverordnung zur Verordnung über Art, Maß und räumliche Ausdehnung der Straßenreinigung in der Stadt Burgdorf (Straßenreinigungsverordnung) wird in der sich aus der Anlage 2 der Vorlage Nr. BV 2025 1048 ergebenden (und dem Originalprotokoll als Anlage beigefügten) Fassung

erlassen.

7. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Die Anfrage „Vorlage F 2025 1066" wurde von der WGS FreieBurgdorfer zurückgezogen und demnach von der Tagesordnung abgesetzt.

Weitere Anfragen liegen nicht vor.

8. Anregungen an die Verwaltung

1. Bonhoefferweg und Geschwister-Scholl-Weg
Herr Braun hat die Information bekommen, dass am Bonhoefferweg und am Geschwister-Scholl-Weg keine Straßennamenschilder stehen. Er bittet die Verwaltung um Überprüfung. Sollten dort keine Schilder stehen, sollten welche aufgestellt werden. In dem Falle sollte die Aufstellung der Schilder mit einer kleinen Gedenkveranstaltung erfolgen.

2. Marktstraße – Fußgängerüberwege (FGÜ)
Herr Braun erkundigt sich nach dem Sachstand, weitere FGÜ auf der Marktstraße einzurichten.
Frau Frommelt erläutert, dass die Verkehrsbehörde darüber erst entscheidet, wenn die Verkehrszählung erfolgt ist. Leider war das Messgerät kaputt, so dass erst ein neues beschafft werden musste. Dies ist inzwischen geliefert und die Zählung soll kurzfristig erfolgen.
Herr Braun fragt nach, ob die gesetzliche Änderung die Einrichtung nicht vereinfacht. **Frau Frommelt** antwortet, dass trotzdem eine Zählung erfolgen soll. Es könnte ja auch sein, dass die Zählung eine zwingende Anlegung eines FGÜ erfordert.

3. Geschwindigkeitsbegrenzung an der IGS
Herr Gawlik möchte wissen, ob die Geschwindigkeitsbegrenzung auch am Wochenende wegen der Sportveranstaltungen gilt. Das bejaht **Frau Frommelt**. **Herr Gawlik** schlägt vor, auf die zeitliche Beschränkung zu verzichten und dauerhaft Tempo 30 zu beschildern.

Nachrichtlich über Protokoll:
Der Vorschlag wurde mit der Polizei und Verkehrsbehörde besprochen. Eine Änderung soll nicht erfolgen, da in den Abend- und Nachtstunden die Beschränkung auf 30 km/h nicht zwingend notwendig ist.

4. Hermann-Hoffmann-Kreisel
Herr Gawlik informiert, dass zur offiziellen Benennung des Hermann-Hoffmann-Kreisels eingeladen wurde. Er fragt sich, ob es dazu einen entsprechenden Beschluss gibt. **Frau Frommelt** antwortet, dass die Beschlussfassung schon vor einiger Zeit war. Nun soll ergänzend eine Hinweistafel aufgestellt werden.

Nachrichtlich über Protokoll:
Der Beschluss wurde mittels Vorlage BV 2021 1647 „Straßenbenennung markante Plätze und Kreisverkehrsplätze" im Juli 2021 gefasst.

5. Radverkehrskonzept – farblicher Unterschied Rad- und Gehwege
Herr Wackermann verweist auf das Radverkehrskonzept, welches vor Jahren beschlossen wurde. Darin wurde festgehalten, dass sich Radwege von Gehwegen farblich unterscheiden sollen. Das wurde aber nicht überall durchgehalten. Ihm ist das bei der Baumaßnahme in Heeßel aufgefallen. Dort wurde alles in Grau gepflastert, so dass sich der Gehweg nicht abhebt. Im weiteren Verlauf wechselt dann der Gehweg auf rotes Pflaster. Vor der IGS es ist es genau andersherum. Man sollte sich an das Konzept halten. Ansonsten bekommt man nie ein einheitliches Bild im Stadtgebiet. **Herr Wackermann** findet, dass das Konzept wieder mehr in den Fokus genommen werden sollte.

Frau Frommelt teilt mit, dass das Radverkehrskonzept 2011 aufgestellt wurde und bei Neuanlagen sollte das berücksichtigt werden. Inzwischen gibt es die Schutzstreifen für Radfahrer, die rot markiert werden. Es ist zu überlegen, ob man das Konzept überdenken sollte.
Sie nimmt die Anregung auf und informiert, dass zum 01.09.2025 ein neuer Kollege den Bereich „Radverkehr" übernimmt und dann wieder vermehrt in das Thema eingestiegen werden kann.

6. Radverkehr Hauptstraße in Sorgensen
Herr Auerbach findet, dass die Kurve im Bereich der Einmündung „Mühlenweg" sehr gefährlich für Radfahrer ist. Das Thema wurde auch beim „Runden Tisch Radverkehr" behandelt. Inzwischen wurde ein neues Verkehrsschild aufgestellt, welches das Überholen von Radfahrern verbietet. Er fragt sich allerdings, welche Maßnahmen getroffen werden sollen, um die Situation für die Radfahrer zu verbessern.
Frau Frommelt verweist auf den Antrag, in dem Bereich eine Signalanlage aufzustellen. Die Gefahrensituation ist bekannt. Es wird daher gerade geprüft, welche Maßnahmen an der Stelle möglich sind. Entsprechende Ergebnisse werden im Ausschuss vorgestellt.

7. Bahnübergang Ahrbeck
Herr Wackermann fragt nach, welche Arbeiten derzeit am Bahnübergang Ahrbeck gemacht werden. Er befürchtet, dass die Bahn diesen still und heimlich abbauen möchte. Er fragt nach, was die Stadt unternimmt, damit der Übergang wieder geöffnet wird. Weiterhin verweist er auf das Eisenbahnkreuzungsrecht, wonach die Bahn den Übergang offenhalten muss. Die Stadt sollte mit der Bahn eine Vereinbarung schließen, worin festgehalten wird, bis wann der Bahnübergang wieder geöffnet wird.
Frau Frommelt antwortet, dass die Bahn keine Informationen zu aktuellen Arbeiten an dem Bahnübergang an die Stadt gegeben hat. Die Bahn hat der Stadt eine Unterführung vorgeschlagen. Allerdings ist nicht sicher, wer die Kosten trägt, was ein wichtiger Punkt ist. Bislang hat die Bahn darüber keine verbindlichen Aussagen getroffen. Die Stadt hat aktuell wieder ein Schreiben an die Bahn vorbereitet.
Herr Wackermann findet, dass die Bahn bestätigen soll, dass der Bahnübergang erhalten bleibt. Das Kosten für die Stadt entstehen können, muss sowohl der Stadt als auch der Politik bewusst sein. Mittels Vereinbarung sollte der Zeitplan festgehalten werden und die Bahn sollte verpflichtet werden, die Planung voranzutreiben. **Frau Frommelt** stellt fest, dass sowohl die Verwaltung als auch die Politik und Bürger das gleiche Ziel verfolgen. Solange der Kostenrahmen allerdings nicht feststeht, kann die Stadt keine verbindlichen Zusagen treffen.

8. Ersatzneubau Kita Ramlingen-Ehlershausen
Herr Apel fragt nach, ob schon mit den Bauarbeiten begonnen wurde. Er hat gehört, dass schon eine Baustraße angelegt wurde. **Frau Frommelt** verneint dies. Der Bauhof hat lediglich Bauzäune abgebaut. Bei zukünftigen Maßnahmen soll der Bauhof vorab den Ortsbürgermeister informieren.

Einwohnerfragestunde

1. Bahnübergang Ahrbeck
Eine Einwohnerin bittet um eine kurzfristige Lösung für den Bahnübergang Ahrbeck. Sie kann nicht nachvollziehen, warum in der heutigen Zeit eine Reparatur eines Bahnübergangs nicht möglich sein soll. Die Stadtteile sollten nicht abgehängt werden.
Ein Einwohner schließt sich der Bitte nach Öffnung des Bahnübergangs an. Viele Kinder haben den Übergang auf dem Schulweg genutzt. Nun werden einige mit dem Auto zur Schule gefahren. Er hat gehört, dass ein Bahnübergang, welcher länger als 2 Jahre stillgelegt ist, nicht wieder in Betrieb genommen werden darf. **Frau Frommelt** nimmt die Frage zwecks Überprüfung auf.

2. Defekte Straßenbeleuchtung
Ein Einwohner bemängelt diverse defekte Straßenleuchten. Er meldet regelmäßig defekte Leuchten über das Bürgerportal, darunter auch vier Leuchten im Bereich der Schopenhauerstraße / Verbindungsweg zur Uetzer Straße. Insbesondere im Treppenbereich ist es dadurch sehr dunkel. Leider funktioniert die Reparatur nur schleppend oder gar nicht.
Frau Frommelt antwortet, dass Meldungen von defekten Leuchten an den Betriebsführer weitergebeben werden. Sie gibt die Mängelmeldung an die zuständige Kollegin weiter, so dass bei BS Energy nachgefragt werden kann, warum noch keine Reparatur erfolgt ist.

Herr Gawlik erinnert an die Situation in Schillerslage. Hier wurden ebenfalls mehrfach Leuchten gemeldet, an denen augenscheinlich keine Reparatur erfolgt ist. Letztendlich hat sich herausgestellt, dass BS Energy die Leuchten nach jeder Meldung angefahren und repariert hat. Diese sind aber wegen einem anderen Fehler kurz danach wieder ausgefallen. Erst nach längerer Zeit hat sich herausgestellt, dass ein größeres Problem vorlag. Vielleicht liegt ein solches Problem auch in Burgdorf vor.

Nachrichtlich über Protokoll:
Mit dem Betriebsführer BS Energy wurde Kontakt aufgenommen. Die Leuchten sind inzwischen repariert. Der Einwohner (Melder der Mängelmeldung) wurde entsprechend informiert.

3. Kontrollen Ordnungsamt
Der Einwohner teilt weiterhin mit, dass der Duderstädter Weg / Peiner Weg gerne als Abkürzung zum Ostlandring genutzt wird, um dort die Lebensmittelmärkte zu erreichen. Insbesondere im Bereich der Wohnungen „Aue Süd" parken viele an der Straße, gerne auch in den Einmündungsbereichen, so dass oft kein Durchkommen ist. Zudem wird zu schnell gefahren. Er fragt nach, ob die Stadt Kontrollen durchführen kann.
Am Hülptingser Weg befindet sich ein Autohändler. Dort stehen oft tagelang abgemeldete Autos auf der Straße. Auch hier bittet er darum, dass das Ordnungsamt Kontrollen durchführt.

4. Radweg Otze
Weiterhin bemängelt **der Einwohner**, dass sowohl der Radweg zwischen Burgdorf und Otze, als auch der Radweg im Ortseingangsbereich durch die vielen Unebenheiten nicht mehr sicher ist. Zwar wurde ein Schild „Radwegschäden" aufgestellt, aber nichts passiert. Es wird immer auf eine Prioritätenliste verwiesen, jedoch fehlt eine Angabe, wann diese abgearbeitet werden soll.

5. Geschwindigkeitsmessanlage Braunschweiger Straße
Der Einwohner verweist auf die Messergebnisse in der Braunschweiger Straße, die ihm auch zur Verfügung gestellt wurden. Nachweislich wird dort zu schnell gefahren. Er fragt sich, wie die Stadt dagegen vorgeht.
Weiterhin wird dort insbesondere in den Abendstunden oft wild geparkt, so dass man sich als Radfahrer nicht sicher fühlt. Als Anregung schlägt er vor, auf der gegenüberliegenden Seite der Parkplätze Poller aufzustellen, so dass der Gehweg nicht von PKWs überfahren werden kann. **Frau Frommelt** antwortet, es in der Braunschweiger Straße leider oft zu Konflikten zwischen Auto und Rad kommt. Sie schlägt vor, dass die Region dort blitzen soll und wird die Anregung entsprechend weitergeben.
Herr Hinz findet Poller an der Stelle unglücklich, da es wieder eine bauliche Einschränkung wäre. Früher gab es mal eine Gehwegsicherung mit einer Kette, was vielleicht sinnvoller wäre.

6. Bahnübergang Ahrbeck
Herr Fleischmann verweist auf deutliche Trampelpfade am gesperrten Bahnübergang, welche eine große Gefahr darstellen. Auch er findet, dass es sich hier um eine wichtige Querungsstelle handelt. Ob ein Tunnel jemals kommen wird, ist seines Erachtens fragwürdig. Wenn man eine solche Straße für Autos sperren würde, gäbe es einen riesen Aufschrei. Die Stadt sollte entsprechenden Druck auf die Bahn ausüben. Der Bahnübergang ist sowohl für den Radverkehr als auch für den Schulweg sehr wichtig.
Frau Frommelt antwortet, dass sie den Bahnübergang auch wichtig findet und somit das gleiche Ziel besteht. Es hat regelmäßigen Schriftverkehr mit

der Bahn gegeben; aktuell wird wieder ein Schreiben vorbereitet. Man kann sich an höhere Stellen, wie z. B. das Ministerium, wenden. Die Bahn versucht sich aus der Angelegenheit herauszuziehen. Auch den Anliegern rät sie, sich weiter für den Erhalt des Bahnüberganges einzusetzen.

Geschlossen:

Bürgermeister | Ausschussvorsitzender | Protokollführerin